

Gesetz - Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 17. —

(No. 1376.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 5ten Juli 1832., die gesetzlichen Festtage in der Rheinprovinz betreffend.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 20sten v. M. bestimme Ich zur Erledigung des Zweifels, der sich bei Anwendung der mit Meiner Genehmigung für die Erzdiocese Köln am 7ten Mai 1829. durch den Erzbischof verkündigten Festordnung der katholischen Kirche, auf die bürgerlichen Verhältnisse in der Rheinprovinz, erhoben hat, daß denjenigen kirchlichen Feiertagen, welche die in der Rheinprovinz bestehende Gesetzgebung bereits zu gesetzlichen Festtagen erklärt hat, der Ostermontag, der Pfingstmontag, der zweite Weihnachtstag und der Bußtag, mit der rechtlichen Wirkung gesetzlicher Festtage hinzutreten und unter Einstellung der Amtsverrichtungen jeder öffentlichen Behörde, feierlich begangen werden, auch unter den gesetzlichen Festtagen in allen Fällen begriffen seyn sollen, in welchen die Gesetze, namentlich im Wechselverkehre, der Festtage erwähnen, wogegen die übrigen in der Festordnung genannten, kanonisch gültigen Feiertage, nur kirchlich zu beobachten und als gesetzliche Festtage nicht anzusehen sind. Das Staatsministerium hat diesen Befehl durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 5ten Juli 1832.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(No. 1376. 1377.)

(Ausgegeben zu Berlin den 21sten August 1832.)

Im 20. v. M. ist in allen Teilen
der Rheinprovinz
1) Pfingstmontag 2) Pfingstmontag
3) Bußtag 4) Christi Geburtstag
5) Pfingstmontag 6) Pfingstmontag
7) Bußtag 8) 2. Weihnachtstag
9) alle Feiertage eingetragener

Im 20. v. M. ist in allen Teilen
der Rheinprovinz
1) Pfingstmontag 2) Pfingstmontag
3) Bußtag 4) Christi Geburtstag
5) Pfingstmontag 6) Pfingstmontag
7) Bußtag 8) 2. Weihnachtstag
9) alle Feiertage eingetragener

Im 20. v. M. ist in allen Teilen
der Rheinprovinz
1) Pfingstmontag 2) Pfingstmontag
3) Bußtag 4) Christi Geburtstag
5) Pfingstmontag 6) Pfingstmontag
7) Bußtag 8) 2. Weihnachtstag
9) alle Feiertage eingetragener

(No. 1377.)

Im 20. v. M. ist in allen Teilen
der Rheinprovinz
1) Pfingstmontag 2) Pfingstmontag
3) Bußtag 4) Christi Geburtstag
5) Pfingstmontag 6) Pfingstmontag
7) Bußtag 8) 2. Weihnachtstag
9) alle Feiertage eingetragener

(No. 1378.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 24ten Juli 1832., betreffend die Vertretung der Gemeinden des Herzogthums Westphalen, vor Gericht.

Aus den in Ihrem Berichte vom 24ten v. Mts. angeführten Gründen, setze Ich, nach Ihrem Antrage, fest: daß im Herzogthume Westphalen, so lange daselbst nach der Großherzoglich-Hessischen Kommunal-Ordnung verfahren wird, die Vorschriften derselben auch in Hinsicht aller Angelegenheiten, welche sich auf die Vertretung der Stadt- und Landgemeinden vor Gericht und auf die Ausstellung ihrer Vollmachten beziehen, Anwendung finden, und die abweichenden Bestimmungen der Allgemeinen Gerichtsordnung, insonderheit die §§. 4. und 47. des Anhangs und die §§. 40. und 44. Tit. 3. Th. 1., suspendirt bleiben sollen.

Sie haben diesen Erlaß durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 24ten Juli 1832.

Friedrich Wilhelm.

An

den Minister des Innern und der Polizei und die Justizminister.

(No. 1379.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 8ten August 1832., betreffend das Rekurs-Verfahren gegen Erkenntnisse der Untergerichte, in Bagatellsachen.

*cf. Declaration v. 6. April 1839.
Jusf. Min. v. 1839. pag. 126.*

Um die Zweifel zu heben, welche über die Anwendung des §. 18. Tit. 26. der Prozeß-Ordnung, das Rekursverfahren in Bagatellsachen bei den Untergerichten betreffend, entstanden sind, setze Ich, auf Ihren gemeinsamen Bericht vom 18ten Juli c., Folgendes fest:

- 1) der im §. 18. Tit. 26. der Prozeß-Ordnung bezeichnete Rekurs findet gegen alle Erkenntnisse der Untergerichte, gegen welche keine Appellation zulässig ist, also mit Rücksicht auf die Bestimmung vom 13ten März 1803. in Bagatellsachen statt, die nur zwanzig Thaler oder weniger betragen;
- 2) dieser Rekurs muß spätestens binnen vier Wochen nach Publikation des Erkenntnisses, bei dem vorgesetzten Obergerichte angebracht werden;

(No. 1378. 1379.)

3) das *cf. Min. v. 5. Mai 1838. S. 7. u. S. 10.
Jusf. Min. v. 1838. pag. 273.*

ad 2. In Folge des Eingangs jenes Erkenntnisses ist mit Rücksicht auf die Bestimmung vom 13ten März 1803. in Bagatellsachen statt, die nur zwanzig Thaler oder weniger betragen, der Rekurs zugelassen. In Betreff der Fristen, innerhalb welcher der Rekurs eingebracht werden muß, ist in dem Erkenntnis bestimmt, daß derselbe binnen vier Wochen nach Publikation des Erkenntnisses eingebracht werden muß. In Betreff der Kosten, welche der Rekurs verursachen, ist in dem Erkenntnis bestimmt, daß derselbe nur die Kosten der Anwaltschaft und der Gerichtskosten betreffen. In Betreff der Fristen, innerhalb welcher der Rekurs eingebracht werden muß, ist in dem Erkenntnis bestimmt, daß derselbe binnen vier Wochen nach Publikation des Erkenntnisses eingebracht werden muß. In Betreff der Kosten, welche der Rekurs verursachen, ist in dem Erkenntnis bestimmt, daß derselbe nur die Kosten der Anwaltschaft und der Gerichtskosten betreffen.

1. M. H. C. 220 1840 pag 20.

Wann das Recursgesuch eines Fugenden. 3) das Recursgesuch wird bei diesem wie andere Memorialien vorgetragen
nach des Fugenden 1791. anordnet, bei diesem und
Eingangs nach § 99 i. d. R. nach § 20 a) wenn es offenbar unzulässig oder ungegründet erscheint, durch ein Dekret
zurückgewiesen;
b) andernfalls fordert das Obergericht von dem erkennenden Gerichte Bericht
mit Einsendung der Akten, indem es nach Befinden der Umstände zu-
gleich die Sistirung des Vollzuges des Urtheils verordnen kann;
c) findet das Obergericht nach Eingang der Verhandlungen und abermaligem
Vortrage der Sache, den Recurs unzulässig oder ungegründet, so wird er
durch ein Dekret zurückgewiesen, und dieses dem Unterrichter unter Rück-
sendung der Akten bekannt gemacht;
d) ist der Recurs zulässig, so wird dem Gegentheile das Recursgesuch in
Abschrift zugestellt, mit der Aufforderung, seine Gegenerklärung binnen
einer plätschlichen Frist von 14 Tagen bei dem Obergerichte abzugeben.
Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Entscheidung sowohl wegen der
Hauptsache, als wegen des Kostenpunkts, durch eine nach Vorschrift
des §. 110. des Anhangs zur Allgemeinen Gerichts-Ordnung abzu-
fassende Resolution.

Diese Bestimmungen sind durch die Gesessammlung zur öffentlichen Kenntniß
und Nachachtung der Gerichte zu bringen.

Berlin, den 8ten August 1832.

Friedrich Wilhelm.

An

die Staats- und Justizminister v. Kampß und Mühler.

Bei dem Fugenden des § 20. d. R. angeordnete öffentliche Aufkündigung des Recursgesuchs ist durch die Aufkündigung des Recursgesuchs
nach des Fugenden 1791. anordnet, bei diesem und
Eingangs nach § 99 i. d. R. nach § 20 a) wenn es offenbar unzulässig oder ungegründet erscheint, durch ein Dekret
zurückgewiesen;
b) andernfalls fordert das Obergericht von dem erkennenden Gerichte Bericht
mit Einsendung der Akten, indem es nach Befinden der Umstände zu-
gleich die Sistirung des Vollzuges des Urtheils verordnen kann;
c) findet das Obergericht nach Eingang der Verhandlungen und abermaligem
Vortrage der Sache, den Recurs unzulässig oder ungegründet, so wird er
durch ein Dekret zurückgewiesen, und dieses dem Unterrichter unter Rück-
sendung der Akten bekannt gemacht;
d) ist der Recurs zulässig, so wird dem Gegentheile das Recursgesuch in
Abschrift zugestellt, mit der Aufforderung, seine Gegenerklärung binnen
einer plätschlichen Frist von 14 Tagen bei dem Obergerichte abzugeben.
Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Entscheidung sowohl wegen der
Hauptsache, als wegen des Kostenpunkts, durch eine nach Vorschrift
des §. 110. des Anhangs zur Allgemeinen Gerichts-Ordnung abzu-
fassende Resolution.